

## **Die Fortschritte des irrenärztlichen Heilverfahrens und die Gesetzgebung in Oesterreich.**

Von

Dr. Georg Eisath (Hall, Tirol).

*(Eingegangen am 18. März 1913.)*

Die österreichische Regierung hat eine Anzahl von Gesetzentwürfen ausgearbeitet, über welche schon seit Jahr und Tag beraten wird, und die, soweit es nicht schon geschehen ist, in nächster Zeit den beiden Häusern des Reichsrates zur Annahme vorgelegt werden sollen.

Eine unter diesen verschiedenen Vorlagen ist der Entwurf eines neuen Entmündigungsgesetzes. Von allen beteiligten Faktoren wird es freudig begrüßt und rückhaltlos anerkannt, daß die Regierung im veralteten und rückständigen System des Entmündigungsverfahrens eine wesentliche Verbesserung und Anpassung an die neueren Anschauungen und Verhältnisse durchführen will.

Die österreichischen Irrenärzte, welche selbstverständlich von einem solchen Gesetz auch einen wohltätigen Einfluß auf die ihnen anvertrauten Irrenanstalten zu erwarten berechtigt sind, sehnen eine Vervollkommnung des Entmündigungsverfahrens herbei und haben die bisherigen Vorarbeiten mit Spannung und Aufmerksamkeit verfolgt. Wie überall, so gibt es auch hinsichtlich des neuen Entmündigungsgesetzes verschiedene Meinungen und Ansichten. Die Juristen machen nach theoretischen Grundzügen die Gesetze, und die Ärzte können die angenehmen oder schädlichen, praktischen Wirkungen dieser Gesetze auf die Anstalten und auf die in diesen untergebrachten Kranken verkosten. Leider konnte man schon lange beobachten, daß zwischen Juristen und Ärzten in verschiedenen wichtigen Punkten gegenteilige Ansichten bestehen, und trotz der verschiedenen Bemühungen ist es bis nun nicht gelungen, die Streitfragen zu schlichten.

Der Zweck dieser Schrift soll sein, die schwebenden, einander grundsätzlich widersprechenden Meinungen einer öffentlichen Erörterung zu unterziehen, um dadurch vielleicht doch noch in elfter Stunde eine gegenseitige Verständigung anzubahnen.

Die Rechtsgelehrten betonen, daß bei der Entmündigung widerrechtliche Eingriffe in die persönliche Freiheit unter allen Umständen hintangehalten werden müssen und treffen

zum Schutz dieser Freiheit alle nur erdenklichen Maßnahmen. Die Ärzte hingegen sagen, die Vorkehrungen, welche zum Schutz der persönlichen Freiheit im Gesetzentwurf vorgesehen sind, seien übermäßig strenge und nur darnach angetan, den Anstalten den Charakter des Krankenhauses zu rauben.

Um ja möglichst sicher dafür Sorge zu tragen, daß niemand ohne Grund in der Anstalt festgehalten wird, sollen nach der Vorlage des Entmündigungsgesetzes alle Kranken, welche in die Landesanstalten kommen, einer gerichtlichen Untersuchung unterzogen werden, durch welche festgestellt wird, ob die Kranken in der Anstalt bleiben dürfen oder nicht. Weiter soll durch die gerichtliche Konstatierung bestimmt werden, ob über den Kranken die Kuratel verhängt wird oder nicht. Bei dieser gerichtlichen Begutachtung sind sonderbarerweise jene Ärzte, welche an öffentlichen Anstalten tätig sind, denen in Privatanstalten ganz gleich gestellt und gleichfalls nicht berechtigt, als Sachverständige beigezogen zu werden.

Demgegenüber aber behaupten die Ärzte, daß diese Maßregeln zu umständlich und zu scharf sind, weil durch ein derartiges gerichtliches Verfahren, welches bei jeder neuen Aufnahme einzuleiten ist, die Kranken in überflüssiger und unangenehmer Weise belästigt werden. Ferner sind die Ärzte der Meinung, daß selbst durch solch strenge und rigorose Vorichtsmaßregeln der Schutz der persönlichen Freiheit nicht einmal in solchem Maße gesichert ist wie bisher, weil der gerichtliche Sachverständige, welcher den Kranken nur untersuchen, nicht aber beobachten kann, in den sehr schwierigen Fällen naturgemäß leichter einem Irrtum verfällt als der erfahrene Anstaltsarzt, welcher den Kranken in ständiger Beobachtung hat. Endlich wird durch den Umstand, daß in einer Anstalt nur solche Insassen sich aufhalten dürfen, welche von Gerichte wegen dazu bestimmt sind, den öffentlichen Irrenanstalten in den Augen des Volkes der Charakter eines Gefängnisses aufgeprägt. Hierin liegen die klaffenden, grundsätzlichen Widersprüche in den Anschauungen der Rechtsgelehrten und Mediziner.

[ Man wirft den Ärzten vor, daß sie in der Verfechtung ihrer Anschauungen zu aufdringlich seien und daß sie sich damit nur schädigen. Es heißt in Juristenkreisen gar, die Ärzte müßten etwas zu verbergen haben, weil sie so hartnäckig es ablehnen, daß der Kranke bei der Aufnahme in die Anstalt einer gerichtlichen Untersuchung unterzogen werden soll; und man kann ab und zu sogar die Verdächtigung hören, die Ärzte wideretzten sich lediglich nur deshalb dem Entmündigungsgesetze, weil sie in egoistischer Absicht es verhindern wollen, daß sie von der Begutachtung ausgeschlossen werden. Bei solch weitgehenden Mißverständnissen scheint es schier unmöglich, noch in letzter Stunde eine Ver-

ständigkeit zu erzielen. Aber gleichwohl soll der Versuch gemacht werden, das Verhalten der Ärzte öffentlich zu rechtfertigen. Vielleicht gelingt es doch noch, die paar Paragraphen des Entmündigungsgesetzes, welche den Stein des Anstoßes bilden, so zu formen, daß die Juristen sowohl wie die Ärzte damit einverstanden sind.

Um den Standpunkt des Arztes gegenüber dem geplanten Entmündigungsgesetz begreiflich zu machen, ist es notwendig, eine kurze geschichtliche Rückschau zu halten auf die Entwicklung des Irrenwesens in den letzten Jahrzehnten.

Obzwar Pinel als erster das Los der Geisteskranken in den Anstalten zu verbessern bestrebt war und obgleich Conolly und Griesinger um die Mitte des verfloßenen Jahrhunderts die Geistesstörungen als Krankheit deuteten und für eine freie Behandlung der Geisteskranken eintraten, dauerte es doch noch sehr lange, bis die Anschauungen dieser bahnbrechenden Männer allgemeine Anerkennung und Anwendung in der Psychiatrie fanden.

Noch vor 3—4 Jahrzehnten sah es in den meisten mitteleuropäischen Irrenanstalten unsagbar traurig aus. Man hielt den **Geistesgestörten** für einen boshaften Narren und nicht für einen bedauerlichen Kranken. Diese Auffassung über die Geisteskrankheiten macht es erklärlich, daß die damaligen Irrenanstalten eine Art Verwahrungs- und Zuchthaus darstellten, in welche man die armen Kranken erst abzugeben pflegte, nachdem alle Bändigungsversuche zu Hause und in den Verließes der Gemeindespitäler und Gefängnisse nichts gefruchtet hatten. Viel Unheil und Elend mußte bereits über einen mit geistiger Umnachtung behafteten Kranken gekommen sein, ehe er reif war, in das Irrenhaus gebracht zu werden, und hier erging es ihm nicht viel besser. Die Behandlungsmethoden, welche damals als die fast einzigen geübt wurden, zielten dahin, sowohl die Außenwelt als auch die Inwohner der Anstalten vor Gewalttätigkeiten zu schützen und durch Zucht und Strafe die Ordnung im Hause aufrechtzuhalten. Wenn ein Kranker fluchtverdächtig war, legte man ihm einfach die Fußschellen an; wenn er sich im Hause gegen die übrigen Insassen gewalttätig benahm und Störungen machte, wurde er in die Zwangsjacke gesteckt oder in den Käfig oder aber in die Zelle gesperrt; war er selbstgefährlich, so schnallte man ihn mit gefesselten Händen und Füßen ans Bett. War es bei solcher Behandlungsweise, welche man den bedauernswerten Kranken antat, zu verwundern, daß die Irrenanstalt mehr gefürchtet war als das Zuchthaus? Mußte das Irrenhaus nicht zum Schrecken und zur Abscheu des Volkes werden? — War es unter solchen Umständen nicht selbstverständlich, daß die Angehörigen es als kleineres Unglück empfanden, wenn einer ihrer Familienangehörigen ein Verbrechen beging oder gar zum

Grab getragen wurde, als wenn man ihn, mit schwerer Geisteskrankheit behaftet, in das Tobhaus abzugeben gezwungen war?

Zu damaliger Zeit hatten die Irrenanstalten keinen andern Zweck zu erfüllen, als die Gesellschaft vor den gewalttätigen Übergriffen der gereizten Narren Schutz zu gewähren und diese selbst im Hause strenge in Zucht zu halten. Einen andern Gesichtspunkt bei Verwahrung der Kranken in den Anstalten kannte man nicht. Da nun fingen die Ärzte an, im stillen eine große Kulturarbeit zu vollführen. Ohne daß von den Regierungen einschlägige Erlässe bekannt wurden und ohne daß die Rechtsgelehrten irgendwelche paragraphenmäßige Vorschriften gaben, begannen die Ärzte sich allmählich in die bahnbrechenden Anschauungen der erwähnten großen Psychiater einzuleben. Man faßte die Geistesstörung als Krankheit auf und sagte sich demzufolge, daß die Anstalten nicht mehr lediglich als Verwahrungshäuser zu betrachten seien, sondern daß sie auch einer schonenden und sachgemäßen Behandlung der Kranken zu dienen hätten.

Die Ärzte versuchten anfänglich, möglichst die Zwangsmittel zu beseitigen. Allein man mußte einen mühsamen, dornenvollen Weg gehen, bis man imstande war, sich zu den Errungenschaften der modernen therapeutischen Methoden durchzuarbeiten. Gleich wie heute, so stießen die Psychiater auch damals allenthalben auf Schwierigkeiten und Vorurteile.

Nicht nur, daß einzelne Fachmänner an den Erfolgen der neuen, vollends zwanglosen Behandlungsweise zweifelten, wurden auch Stimmen laut, daß man das Wachpersonal schutzlos den Roheiten der Kranken ausliefere, und wieder andere meinten gar, daß man nicht mehr imstande sein werde, bei solch freier Behandlung die Öffentlichkeit vor den Gewalttätigkeiten der Geisteskranken zu schützen usw. Es gab der Schwierigkeiten in Unzahl, welche erst überwunden werden mußten. Solange man Anstalten baute, welche massenhaft Zellen enthielten, solange man zwar alle anderen Zwangsmittel verpönte, aber die Anwendung der Zelle und die Einsperrung der Kranken noch gut hieß, konnte von einer wahrhaft menschenfreundlichen und schonenden Behandlung der Geistesgestörten nicht die Rede sein. Bis daher haftete den Anstalten der Charakter eines Zuchthauses an, und sowohl die Kranken als auch deren Angehörige, sowie die ganze öffentliche Meinung waren nicht ohne Grund und Anlaß der Überzeugung, das Irrenhaus sei ein Gefängnis und nicht eine Krankenanstalt.

Nachdem Griesinger im Jahre 1868 in Berlin gestorben war, bereitete sich ungefähr 10 Jahre später zu Alt-Scherbitz in der Provinz Sachsen, also nicht weit von der Wirkungsstätte des großen Meisters ein bahnbrechender Umschwung im Anstaltswesen vor. Da leuchtete den gefesselten und mißhandelten Geisteskranken in Mitteleuropa endlich das

Morgenrot der Befreiung auf. Langsamen, aber sicheren Schrittes verbreitete sich das Alt-Scherbitzer System über alle Länder unseres Continentes, und heute ist es bereits in den meisten Orten eingebürgert oder man ist daran, dasselbe in den wenigen Anstalten, wo es noch nicht Eingang fand, einzuführen.

Worin besteht nun dieses große kulturelle Befreiungswerk, mit welchem die schwer geprüften, mißhandelten, geistesumnachteten Menschen von edel gesinnten Ärzten beglückt wurden? — Es fällt schwer, die mühsame, vielseitige und verwickelte, geistige Arbeit, welche für die Erfindung und Ausgestaltung eines neuen, zwangsfreien Heilverfahrens notwendigerweise geleistet werden mußte, in kurzen Zügen gemeinverständlich zu beschreiben.

Aus der Anschauung, der Geisteskranke dürfe nicht als boshafter Narr, sondern er müsse als kranker Mann angesehen werden, ergab sich als die erste und notwendigste Maßnahme: Die Beseitigung und Vermeidung alles dessen, was den Kranken aufregen oder reizen könnte. Viele, viele Mißbräuche mußten aus den Irrenhäusern beseitigt werden. Dazu gehörten in erster Linie sämtliche Zwangswerkzeuge. Die Schnallen, die Gurte, die Jacken und die übrigen Marterinstrumente durften keine Anwendung mehr finden. Selbst die Benützung der Zelle mußte bei den vielen schädlichen Folgen, welche die Zellenbehandlung im Gefolge hatte, verpönt werden. Ferner wurde es dem Dienstpersonal zur strengen Pflicht gemacht, die Kranken mit Nachsicht und ernster Ruhe zu behandeln und mit Geduld und Langmut das zu erzielen, was mit strengen Strafmitteln nicht zu erreichen war. Auch das Auszanken im Kasernentone und jede spöttische und verletzende Bemerkung mußte unterbleiben. Schließlich war es mit der neuen Auffassung der Psychose als Krankheit auch nicht mehr vereinbarlich, die armen Kranken wie früher als stumpfsinnige und urteilslose Narren zu betrachten, welche man nach Belieben mit lügenhaften Schwindeleien und falschen Vorspiegelungen überlisten durfte. Dadurch, daß man verschiedene Mißstände und Mißgriffe, welche in den früheren Zeiten bei der Behandlung der Geistesgestörten im reichlichen Maße Anwendung fanden, ausschaltete, war schon ein mächtiger Schritt nach vorwärts getan.

Nun aber sind die Geisteskranken einmal nicht in jeder Hinsicht Leute wie die gewöhnlichen, normalen Menschen, und deshalb müssen sie nach eigener Art behandelt werden. Nachdem man aber die früher geübte Behandlungsweise grundstürzend verworfen und als vollends unbrauchbar beseitigt hatte, mußte an deren Stelle etwas anders gesetzt werden.

Da ersann nun die Menschenfreundlichkeit der Ärzte hinter den düstern Mauern der Irrenhäuser eine schonende, kunstgerechte Behandlungsmethode, eine therapeutische Disziplin, welche

ganz nach medizinischen Grundsätzen ausgearbeitet war und den bedauerlichen Kranken unermessliche Wohltaten brachte.

Die erste logische Schlußfolgerung, welche sich aus der Erkenntnis, daß Irresein eine Krankheit ist, ergab, war die, daß man den Irren gleich wie jeden anderen Schwerkranken zu Bette legte. Der Kranke mußte sich einer Liegekur unterziehen. Dabei war das Überraschende, daß die Patienten nicht nur sehr gern sich der Bettbehandlung unterzogen, sondern, daß sie auch unvergleichlich ruhiger, harmloser und zugänglicher wurden, als sie sich in den Käfigen der einstigen Tobabteilung gezeigt hatten. So glänzend sich auch die Erfolge dieser Behandlungsmethode erwiesen, so war damit doch nur ein Bruchteil der oft außerordentlich großen therapeutischen Schwierigkeiten überwunden. Ein weiterer mächtiger Fortschritt auf dem Gebiete des irrenärztlichen Heilverfahrens war mit der Einführung der Badekur erzielt. Den Kranken wurden entweder verlängerte, bis auf ein paar Stunden ausgedehnte Bäder gegeben oder diese wurden in Form von sogenannten Dauerbädern über 12 Stunden und noch länger ausgedehnt. Von andern hydriatischen Maßnahmen wären die feuchten Einpackungen oder die Anwendung des Wickels zu erwähnen. Aber auch mit diesen angeführten Heilmitteln reichte man noch immer nicht aus, um jene gewaltigen Aufregungszustände, von welchen die Irren im akuten Stadium ihrer Erkrankung heimgesucht werden, zu beherrschen. Man konnte unmöglich der verschiedenen medikamentösen Beruhigungsmittel in allen Fällen entraten. Unerlässlich war es ferner, daß die Schwerkranken bei Tag und Nacht einer ständigen und gewissenhaften Überwachung unterzogen wurden. War man mit allen diesen therapeutischen Behelfen über das aufgeregte, schwere, akute Stadium der Geisteskrankheit glücklich hinweggekommen, dann vermochten oft vernünftige Belehrung und Aufklärung sehr gute Wirkung zu tun. Und endlich als Schlußstein der langen und beschwerlichen Behandlungsmethode trat die Arbeitstherapie in ihre Rechte, wobei die Arbeit nie als Erwerbsmittel oder als Geschäft, sondern lediglich nur als therapeutische Maßnahme in Betracht kommt.

Um dieses umständliche irrenärztliche Heilverfahren in Anwendung bringen zu können, war es unerlässlich, daß eigene, von der früheren Bauweise ganz verschiedene Abteilungen gebaut wurden, Abteilungen mit großen, leicht übersehbaren Sälen und reichlicher Badegelegenheit. Für diese Bauten wurde die Anstalt Alt-Scherbitz vorbildlich. Derartige Häuser nannte man Wachabteilungen; sie dienen zur Behandlung der schwerkranken, akuten Fälle. Es war nun selbstverständlich auch ein unabweisbares Erfordernis, daß für eine so umständliche, verwickelte und schwierige Behandlungsweise der Irren ausschließlich nur spezialistisch gebildete Fachmänner geeignet

sind, welche mit Geschick und Verständnis dieses Heilverfahren handzuhaben verstehen. Die Ärzte wissen es recht wohl, daß sie mit den schönsten Wachabteilungen und den gründlichsten Spezialkenntnissen unmöglich die oben beschriebene irrenärztliche Behandlungsmethode durchzuführen imstande sind, wenn ihnen nicht ein williges, geschultes und geübtes Pflegepersonal zur Seite steht, dessen Ausbildung und Erziehung ihre größte Sorge in Anspruch nimmt.

Es bedurfte jahrzehntelanger geistiger Anstrengungen, und es kostete unsäglich viel Mühe und Arbeit und Geduld, bis die wissenschaftliche Methodik der Irrenbehandlung in solchem Maße ausgebaut und vervollkommenet war, wie sie oben geschildert wurde. Wenn dieses Heilverfahren auch nicht die ersehnten Ergebnisse hinsichtlich der vollen Genesung und der vollkommenen Wiederherstellung der gestörten geistigen Fähigkeiten brachte, so stellt dasselbe doch eine unermessliche Wohltat für die leidende Menschheit dar. An Stelle der einstigen Tobabteilungen, in welchen die mit geistiger Umnachtung geschlagenen Menschen gefesselt und gebunden dalagen und vor Wut und Raserei knirschten und fluchten, oder den rohen Mißhandlungen, den üblen Launen und dem verletzenden Gespött eines unverständigen Wachpersonales ausgesetzt waren, oder als Abscheu erregende Gestalten in den schmutzigen, von Kot und Harn stinkenden Käfigen saßen, um die Wette abscheuliche Fratzen schnitten und den ohnehin unerträglichen Lärm durch gegenseitiges Gezanke oder übermütiges Geschrei vermehren halfen: an Stelle dieser schrecklichen Tobhäuser stehen heute die Wachabteilungen. Hier geht es ruhig und friedlich her, und alles sieht sauber und nett aus. Hier erfährt der Kranke keinerlei Zwang, noch Spott, noch Mißhandlung, hier wird ein kunstvolles System verwendet, welches imstande ist, den Menschen in seinen heftigsten Erregungszuständen, in seinen schwersten, zu Tode gequälten Stunden mit Schonung, Nachsicht und Milde zu beherrschen. — Das ist kein Gefängnis mehr, das ist ein Krankenhaus im wahrsten und edelsten Sinne!

So weit haben es die Ärzte unter der werktätigen Mithilfe und unter großen Geldaufwänden der Landesausschüsse in den meisten Kronländern unseres Reiches gebracht. Wenn hier die Leistungen der Ärzte mit solchem Nachdruck betont werden, so geschieht das nicht um Willen der Prahlerei und des Selbstlobes, sondern lediglich nur deshalb, weil es im Interesse der Sache erforderlich ist, einzelne unwissende und unerfahrene Gesellschaftskreise über den gegenwärtigen Stand des Anstaltswesens aufzuklären und zu belehren und den Standpunkt der Ärzte gegenüber dem neuen Entmündigungsgesetze verständlich zu machen und zu rechtfertigen.

Der Jurist war während dieser mühsamen und anstrengenden Kulturarbeit abseits gestanden. Er hatte sich Jahrzehnte hindurch

weder um die Anstalten, noch um deren Entwicklung und innere Umwandlung gekümmert. Daß die Massen des einfachen Volkes den modernen Umwandlungen des irrenärztlichen Heilverfahrens teilnahmslos gegenüberstehen, kann man verzeihen, daß aber gebildete Kreise für solche kulturelle Errungenschaften gleichsam blinde Augen und taube Ohren zeigen, das ist unfäßbar. Wenn dem nicht tatsächlich so wäre, könnte es nicht der Fall sein, daß man den selbstverständlichen Forderungen der Ärzte mit solchem Mißtrauen und mit solcher Verständnislosigkeit begegnet, ja daß man höherenorts diese Forderungen nachgerade unbegreiflich findet und denselben alle erdenklichen Schwierigkeiten entgegensetzt.

Nach den vorausgegangenen Betrachtungen wird es jedermann klar sein, daß die Ärzte vom Standpunkt, die Irrenanstalten müssen den Charakter eines Krankenhauses auch in der weitern Zukunft beibehalten, um keinen Preis der Welt mehr abgehen können. Nur dann, wenn man die Anstalten als Krankenhäuser fortbestehen läßt, wird man eine Gewähr dafür haben, daß die auf diesem Gebiete gewonnenen Kulturwerte unseren Nachkommen erhalten bleiben, nur dann wird sich das Anstaltswesen noch weiter ausgestalten und vervollkommen können!

Gemäß der Ansicht der Rechtsgelehrten müssen die Anstalten zum Schutz der persönlichen Freiheit des einzelnen unter außergewöhnlich scharfe, gerichtliche Beobachtung gestellt werden. Es werden Maßnahmen getroffen, durch welche die Anstalten gegenüber der Öffentlichkeit in Verruf geraten werden, und das Volk wird deshalb sich hüten, seine kranken Angehörigen in ein Haus zu bringen, wo nur derjenige aufgenommen und behalten werden darf, welcher gleichsam gerichtlich dazu verurteilt wird. Diese unerhört strengen, gesetzlichen Bestimmungen sind es hauptsächlich, welche von den Ärzten mißbilligt und zurückgewiesen werden, welche deshalb von den Landesausschüssen und von sämtlichen Anstaltsärzten abgelehnt werden, weil sie eben den Anstalten das äußere Gepräge eines Gefängnisses geben!

Vielleicht ist es doch nicht ganz unmöglich, einen sichern Schutz der persönlichen Freiheit zu gewährleisten, wobei die Irrenanstalten den Charakter von Krankenhäusern beibehalten können. Ist es wirklich notwendig, daß zum Schutz der persönlichen Freiheit so umständliche, so rücksichtslose und abschreckende Vorkehrungen getroffen werden, welchen sich alle, die Ruhe und Heilung in der Anstalt suchen wollen, ausnahmslos zu unterziehen haben? — Schon die Tatsache, daß in den öffentlichen Landesanstalten widerrechtliche Anhaltungen nicht nachgewiesen werden können, sagt uns, daß hier des Guten viel zu viel beabsichtigt ist.



Die Rechtsgelehrten unterscheiden bei der Aufnahme in eine Anstalt zwei Gruppen, jene, welche freiwillig eintreten, und jene, welche eingewiesen werden.

Diejenigen, welche freiwillig in die Anstalt kommen, brauchen sich nicht erst gerichtlich untersuchen zu lassen, um in der Behandlung bleiben zu dürfen. Es werden in Hinkunft aber sehr wenige Kranke sich zur freiwilligen Aufnahme melden, schon aus dem einfachen Grunde, weil der Kranke lieber ein Krankenhaus als ein Gefängnis aufsucht. Mit freiwilligen Aufnahmen wird man aller Voraussicht nach nicht viel zu tun haben, solange die Anstalten nicht nach innen- und nach außenhin vollkommen als Krankenhäuser dastehen. Jene aber, welche eingewiesen werden, haben sich im Sinne der Gesetzesvorlage alle insgesamt der gerichtlichen Konstatierung zu unterziehen und nicht vom Rat des Anstaltsarztes, sondern erst vom Urteil des Richters hängt es ab, ob der Kranke die Wohltaten der Anstaltspflege genießen darf oder nicht.

Nach der Ansicht der Ärzte geht es nicht an, alle jene Fälle, welche in die Anstalt nicht freiwillig eingebracht werden, nach einunddemselben Gesichtspunkte zu behandeln. Da muß man unterscheiden zwischen jenen, welche sich der Einweisung gegenüber gleichgültig verhalten, und jenen, welche sich dagegen verwahren. Zu den ersteren kann man alle vollkommen Unzurechnungsfähigen rechnen, während unter den letzteren die meisten eine verminderte Zurechnungsfähigkeit besitzen.

Die weitaus größte Mehrzahl der eingebrachten Patienten gehört jener Gruppe, welche unzurechnungsfähig ist und sich der Einlieferung gegenüber teilnahmslos zeigt. Das sind eben die vielen schweren Fälle, welche in tiefer Geistesumnachtung ins Haus kommen und nicht imstande sind, zu beurteilen, ob der Anstaltsaufenthalt ihnen zum Vorteil oder zum Schaden gereicht. Diese Art von Patienten kann ungefähr mit den unmündigen Kindern auf gleiche Stufe gestellt werden, welche auch oft gegen ihren Willen ins Krankenhaus gebracht oder gar auf den Operationstisch des Chirurgen gelegt werden dürfen, ohne daß vorher die Gerichtsbehörde eine peinliche Untersuchung durchgeführt und ihr weises Urteil hierüber gesprochen hätte. So albern und lächerlich, wie man bei der Einbringung eines kranken Kindes das Eingreifen des Gerichtes empfinden würde, ebenso possenhafte nimmt es sich aus, daß einem unzurechnungsfähigen, psychisch schwer gestörten Kranken erst durch richterlichen Schiedsspruch das Recht auf kunstgemäße ärztliche Behandlung in einer Anstalt zuerkannt werden soll. Es geziemt sich wahrlich nicht, daß man in einem Gesetz, welches eine zu ernste Sache darstellt, die Posse in gar so aufdringlicher Weise zur Gel-

tung kommen läßt. Hier bewachen die stolzen Ritter den heiligen Gral in einer Burg, aus welcher das Heiligtum bereits gestohlen wurde. *Difficile est satyram non scribere!* Es ist doch ganz unlogisch und widersinnig, dort wo die persönliche Freiheit durch schwere psychische Störungen bereits vernichtet ist, noch durch besondere gesetzliche Vorschriften dieselben schützen und wahren zu wollen.

Aber abgesehen davon, daß solche Maßregeln in den Augen des Praktikers etwas Absonderliches sind, bedeutet eine allzu große Obsorge für die persönliche Freiheit des Kranken eine Schädigung und Beeinträchtigung anderer Rechte, welche für den Unzurechnungsfähigen von derselben, im gegebenen Augenblick vielleicht noch von größerer Wichtigkeit sind als die persönliche Freiheit und welche eine ebensolche, wenn nicht größere Fürsorge erheischen. Den Juristen sowohl wie den Gesetzgebern muß im Namen der Wissenschaft und der Humanität das Recht abgesprochen werden, so schwerkranke Menschen einzig und allein vom Rechtsstandpunkte aus zu beurteilen und sie lediglich nur als Rechtsobjekte zu behandeln. Es muß mit besonderem Nachdruck betont werden, daß diese geistig schwerkranken Geschöpfe denn doch in erster Linie als Kranke angesehen und behandelt werden müssen. Den rechtlichen Fragen kann wohl nur eine nebensächliche Bedeutung beigemessen werden. Die Kranken erleiden sicherlich viel geringeren Nachteil, wenn sie der zivilrichterlichen Prozeduren entraten müssen, als wenn ihnen die Erreichung der ärztlichen Hilfe erschwert wird. Es ist demnach eine ganz einseitige und falsche Auffassung und ein ganz ungerechtfertigter Standpunkt, daß man dem pflegebedürftigen Kranken durch gesetzliche Verfügungen, welche für den Kranken eine widerliche Belästigung und in einzelnen Fällen eine unerträgliche Plagerei bedeuten, den Eintritt in die Anstalt erschwert und den Aufenthalt in derselben unleidlich gestaltet.

Wie vielen bedauerlichen Irren werden die Wohltaten der Anstaltsbehandlung deshalb nicht zugute kommen können, weil die Angehörigen die Abgabe in die Anstalt möglichst verzögern oder gar hintertreiben! Das Volk hat an und für sich eine große Abneigung gegen alle überflüssigen behördlichen Amtshandlungen und empfindet es im besonderen als eine sehr unangenehme Plage und als eine grobe Rücksichtslosigkeit, daß bei jeder neuerlichen Aufnahme sogleich am Patienten die gerichtliche Untersuchung vorgenommen wird, und daß Namen und Gebrechen des Kranken in allen Tageszeitungen verlautbart werden müssen. Und alle diese rücksichtslosen Unannehmlichkeiten bereitet man dem Kranken und dessen ohnehin schwergeprüften Angehörigen lediglich nur zum Schutze der persönlichen Freiheit!

Diese einseitigen, weitgehenden Schutzmaßregeln ziehen aber noch

andere, sehr schlimme Folgen nach sich. Jedermann hat neben dem Schutz der Freiheit im gleichen Maße auch das Recht auf den Schutz der Gesundheit. Wenn der Geisteskranke aus Furcht vor den gesetzlichen Maßnahmen, welche für die Unterbringung in einer Irrenanstalt vorgeschrieben sind, entweder zu spät oder gar nicht in die ärztliche Behandlung kommt, so bedeutet das für ihn eine schwere Schädigung an der Gesundheit. Niemand als der Arzt kann es ermessen, wieviel Unglück und schreckliche Qualen jene Kranksinnigen auszustehen haben, welche gezwungen sind, unter unverständigen oder gar rohen Mitmenschen die entsetzlichen Stunden ihres Leidens zu fristen. In einer Umgebung, die kein Verständniß für die Seelenstörungen hat, die keine Vorkehrungen und Einrichtungen zur Linderung und Behandlung der Krankheit besitzt und die mit dem Patienten in rücksichtsloser und roher Weise umgeht, haben die Geistesstörungen eine viel längere Dauer und gehen in der Regel unter entsetzlichen, rase-rischen Aufregungen einher, während sie in der Anstalt einen unvergleichlich kürzeren, milderen und ruhigeren Verlauf zeigen. Selbstverständlich ziehen die stürmischen Erregungen auch gröbere Störungen der Seelentätigkeit nach sich. Es bedeutet schon für den Kranken ein schweres Vergehen wider seine Gesundheit, wenn er außerhalb der Anstalt, bar einer fachmännischen Behandlung, seine Krankheit zu überstehen veranlaßt wird.

Allein mit der Schädigung der Gesundheit geht es in vielen, solchen Fällen nicht ab, es kommt noch zu viel schlimmeren Dingen. Es ist traurig, aber wahr, daß die meisten Selbstmorde und Morde, welche von Geisteskranken verübt werden, nur deshalb geschehen, weil man die Kranken nicht rechtzeitig einer irrenärztlichen Behandlung zugeführt, weil man sie nicht rechtzeitig in die Anstalt gebracht hat. Auch die meisten Verbrechen gegen Hab und Gut des Nächsten, welche von Geistesgestörten durch Betrug, Verwüstungen, Brandlegungen usw. begangen werden, könnte man dadurch hintanhalten, daß man den Kranken so rasch als nur möglich der ärztlichen Obhut anvertraut. Diese sehr traurigen Vorkommnisse werden sich um so häufiger wiederholen, je mehr Unannehmlichkeiten und Rücksichtslosigkeiten den Kranken bei der Aufnahme und während des Anstaltsaufenthaltes von Gesetzes wegen zugefügt werden müssen.

Das ist die Ansicht der Ärzte. Aber der Jurist steht natürlich auf einem ganz andern Standpunkte. Er hat sich einmal in den Kopf gesetzt, den Schutz der persönlichen Freiheit mit Aufgebot aller nur erdenklichen, gesetzlichen Vorsichtsmaßregeln zu sichern. Ob der Schützling die vermeintliche von seiten der Ärzte gefährdete Freiheit noch besitzt oder nicht, bleibt sich gleich und ob dabei dem Kranken das Recht auf raschen ärztlichen Beistand beschnitten wird, ist gleichfalls einerlei.

Auch wird nicht im geringsten darauf Bedacht genommen, ob man die in der Anstalt Hilfe suchenden Kranken und deren Angehörige mit nutzlosen Scherereien und mit überflüssigen, kränkenden Rücksichtslosigkeiten mißhandelt. Dies alles scheint den Juristen in seinen wohlgemeinten Humanitätsbestrebungen nicht zu beirren. Daß aber wegen einseitiger Rücksichtnahme auf die persönliche Freiheit der Schutz von Gesundheit und Leben, sowie der Schutz von Hab und Gut des Nächsten vernachlässigt und beeinträchtigt werden soll, das vermag der Verstand eines Mediziners wahrlich nicht zu begreifen. Einem derartig haarsträubenden Widersinn blindlings Gefolgschaft zu leisten, sind wir Ärzte mit unserem besten Willen einmal nicht imstande. So weit gelangt man, wenn man den Geisteskranken einzig und allein als Rechtsobjekt und nicht auch als Kranken behandelt.

Viele Abgeordnete und Rechtsgelehrte sind sehr unwillig über die Ärzte und halten es nicht nur für unerklärlich, sondern sogar für unklug und schädlich, daß dieselben gewisse Paragraphen im Entwurf zu einem neuen Entmündigungsgesetz mit solcher Hartnäckigkeit und Zähigkeit ablehnen und bekämpfen. Man geht sogar so weit, daß man behauptet, die Irrenärzte verfolgen hierbei nur selbstsüchtige Pläne. Nun sind für den Einsichtigen überzeugende Beweise genug erbracht worden, daß für die beharrliche Bekämpfung einzelner gesetzlicher Bestimmungen nicht selbstsüchtige Beweggründe, noch Rechthaberei, sondern einzig und allein sachliche Erwägungen und lautere Absichten zur Förderung des Volkswohles den Ärzten immer und überall maßgebend waren.

Schon wiederholt haben in letzter Zeit die Ärzte in Wort und Schrift darauf hingewiesen, daß im Entmündigungsverfahren nur dann eine richtige, nach allen Seiten hin möglichst befriedigende Lösung der Streitfragen gefunden werden kann, wenn man, soweit es sich nämlich um das Verfahren mit den Geisteskranken handelt, auch die modernen Fortschritte des Anstaltswesens und die umgewandelten Anschauungen über den Zweck und die Methoden der Krankenbehandlung in Rücksicht zieht. Für jene Gruppe von Irren, welche wir als die Schwerkranken, vollends Unzurechnungsfähigen bezeichneten, ist die einzig vernünftige, die einzig richtige und die menschenfreundlichste Auffassung die, daß man sie als Kranke ansieht und auch als solche behandelt. Mit dieser Art von Geistesgestörten soll man gleich verfahren wie mit den unmündigen Kindern. Ohne Behelligung von seiten des Gerichtes und ohne daß man für die Angehörigen der Kranken verletzend und herzlose gesetzliche Verfügungen trifft, sollen dieselben ungesäumt ärztlichen Beistand in den Anstalten finden dürfen. Hierfür ist es aber auch unerläßlich, daß man jene gerichtliche Konstatierung,

welche gleich nach dem Eintritt vorzunehmen ist und durch die das Urteil gefällt wird, ob der Kranke in der Anstalt zu bleiben hat oder ob er aus derselben zu entlassen ist, nicht obligatorisch einführt. Diese Konstatierung bedeutet etwas Gehässiges für die Ärzte und etwas Rücksichtsloses für die Kranken, sie ist es auch, welche der Heilanstalt in den Augen des Volkes unfehlbar den Charakter eines Gefängnisses verleiht. Wie die Ärzte in der Anstalt selbst alle Zwangsmittel und Beschränkungen aufgehoben haben, so sollen die Gesetzgeber jedweden belästigenden und verletzenden äußeren Zwang fernhalten, damit auf diese Weise die Anstalten auch nach außen hin einem Krankenhaus möglichst gleichkommen.

Wenn die Ärzte dahin arbeiten, daß die widerliche, gerichtliche Konstatierung des Kranken bei der Aufnahme zu entfallen hat, so ist damit nicht gemeint, daß auch die Vornahme der Entmündigung in allen Fällen unterbleiben soll. Wie wird sich nun das weitere Schicksal jener Kranken, die mit schwerer Geistesstörung und in unzurechnungsfähigem Zustande in die Anstalt gelangt sind, gestalten? — Eine Anzahl davon wird in nicht allzu langer Zeit genesen. Diese können dann, ohne daß sie sich den großen Unannehmlichkeiten der Entmündigung unterzogen und ohne daß sie die damit verbundenen Auslagen gemacht haben, ohne weiteres die Anstalt verlassen. — Einige wenige werden während ihrer Krankheit sterben. Bei vielen aber wird sich die Psychose in die Länge ziehen, oder dieselbe wird eine Schwächung der geistigen Fähigkeiten oder gar eine Verblödung im Gefolge haben. In diesen Fällen muß selbstverständlich die Entmündigung vorgenommen werden, aber erst dann, wenn mit Sicherheit vorausgesagt werden kann, daß die Geisteskrankheit den chronischen Verlauf beibehält oder in Verblödung übergeht. Nun wird man es endlich doch einmal einsehen, aus welchen triftigen Beweggründen die Ärzte die obligatorische Entmündigung, welche nach dem Gesetzentwurf ausnahmslos bei jeder Aufnahme vorgeschrieben ist, ablehnen, dafür aber die fakultative Vornahme der Entmündigung, welche von Fall zu Fall von den Behörden oder den Angehörigen veranlaßt werden kann, als eine sehr gerechtfertigte Forderung betreiben. Die Rechtsgelehrten können mit voller Beruhigung und ohne jegliche Furcht auf Gefährdung der persönlichen Freiheit diesem Verlangen der Ärzte beipflichten, denn bei den Schwerleidenden, um welche es sich hier handelt, kann von einer persönlichen Freiheit überhaupt nicht die Rede sein, und die geplante facultative Entmündigung wird eine für die Kranken, wie für deren Angehörige und für die Anstalt gleich wohltätige, schonende und rücksichtsvolle Neuerung bedeuten.

So viel steht fest, wenn je in den öffentlichen Anstalten mißbräuchliche Beschränkungen der persönlichen Freiheit vorgekommen wären, so könnte ein derartiges Unrecht sicher nicht ein einzigesmal an einem solchen Kranken begangen worden sein, welcher nach der obigen Einteilung zur Gruppe der schwerkranken, unzurechnungsfähigen Irren gerechnet werden muß. Wenn eine widerrechtliche Zurückhaltung in einer Anstalt während der letzten Jahrzehnte je nachzuweisen wäre, so würde das bestimmt nur bei solchen Fällen geschehen sein, welche mit einer leichteren psychischen Störung behaftet waren und die, sagen wir der Bequemlichkeit halber, sich im Zustande verminderter Zurechnungsfähigkeit befanden. Die Beurteilung und Begutachtung derartiger Psychosen ist manchmal mit schweren, schier unüberwindlichen diagnostischen Schwierigkeiten verbunden. In diesen Fällen wäre es menschlicherweise nicht ganz unmöglich, daß man sich einmal irrt und dadurch ein Unrecht verursacht.

Zu dieser zweiten Gruppe gehört ein großer Teil von geisteskranken Verbrechern, welche leider noch immer von Gerichts wegen zur Verwahrung in die Anstalt eingeliefert werden. Ferner sind hierher zu rechnen jene Fälle von Paranoia, die in ihrem Quärlamentum die Gerichte und die übrigen Behörden allzuviel belästigt haben und deshalb auch in der Regel über behördliche Veranlassung zur Aufnahme gelangen. Schließlich wären noch zu berücksichtigen verschiedene degenerative Formen von geistiger Minderwertigkeit und, um ganz sicher zu gehen, jene verschwindend kleine Anzahl von leichteren psychopathischen Krankheitszuständen, welche oft außergewöhnlich große diagnostische Schwierigkeiten bereiten.

Über die geisteskranken Verbrecher ist schon genug geschrieben und gesprochen worden. Dieselben werden stets von Amts wegen in die Anstalt eingebracht, und da kann man den Anstaltsärzten sicher keinen Vorwurf machen, daß sie es sind, welche wider die persönliche Freiheit dieser Schädlinge des Anstaltswesens unerlaubte Eingriffe begehen. Gleichwohl muß hier erwähnt werden, daß gerade einzelne geisteskranken Verbrecher und verbrecherische Geisteskranke es sind, welche nicht nur die Ruhe und Ordnung sowie das Heilverfahren in der Anstalt oft in unerträglicher Weise stören, sondern auch Anlaß gegeben haben, daß die Anstalten durch die Presse in gehässiger Weise angegriffen und die Ärzte der widerrechtlichen Freiheitsberaubung geziehen wurden. Wenn bei diesen geisteskranken Verbrechern die Konstatierungskommission erscheint und feststellt, ob dieselben noch in der Anstalt zu verbleiben haben oder nicht, so wird das den Anstaltsärzten nur sehr erwünscht sein. Aber wohlgemerkt, die Konstatierung braucht nicht deshalb vorgenommen zu werden, um etwa die schlechten Absichten der Ärzte auf die persönliche Freiheit unschädlich zu machen, sondern

nur um die erfolgte, gerichtliche Einweisung auch für die weitere Folge zu rechtfertigen. Es ist und bleibt aber deshalb doch ein Gebot der Notwendigkeit und eine heilige Pflicht der Humanität, diese schrecklichen Störefriede aus den Landesanstalten zu entfernen und in eigenen Anstalten für geisteskranke Verbrecher unterzubringen.

Wer die öffentliche Meinung am meisten beunruhigt und am heftigsten gegen die Heilanstalten sowie gegen deren Ärzte mißgestimmt macht, das sind die Quäralanten. Die Anstaltsärzte haben wahrlich keinen Anlaß, diese Gattung von Geisteskranken in den Anstalten aufzustapeln, denn sie selbst haben von ihnen weit mehr Unannehmlichkeiten und Unbill zu erdulden, als sich die Juristen in den verschiedenen Ämtern gefallen ließen. Es wird eine große Entlastung für die Psychiater sein, wenn bei den quäralierenden Paranoikern nicht einmal, sondern öfter die Konstatierungskommission erscheint, um zu entscheiden, ob dieselben noch weiter in der Anstalt anzuhalten sind oder nicht. Aber auch in diesen seltenen Fällen kann es sich nicht, wie es der Sinn der Gesetzesvorlage meint, darum handeln, das Volk vor der Gemeingefährlichkeit der Psychiater hinsichtlich der persönlichen Freiheit zu schützen, sondern die grundlos gegen die Anstaltsärzte aufgehetzte öffentliche Meinung zu beruhigen.

Was hier über die Quäralanten gesagt wurde, das hat im großen und ganzen auch Geltung für die degenerativen Formen von geistiger Minderwertigkeit und von anderen psychopathischen Zuständen, welche wegen der großen diagnostischen Schwierigkeiten einen Irrtum möglich machen. Sowohl zur Beruhigung der öffentlichen Meinung als auch zur möglichen Vermeidung von Irrtümern, sowie auch zum erforderlichen Schutz der persönlichen Freiheit wird es vollkommen ausreichend sein, wenn man die im Entmündigungsgesetz ausnahmslos für alle Aufnahmen vorgesehene Konstatierung auf die obenerwähnten zweite Gruppe von Geisteskranken beschränkt. Das eigentliche Entmündigungsverfahren kann entweder mit oder getrennt von diesen gerichtlichen Konstatierungen vorgenommen werden.

Wie nun deutlich ersehen werden kann, haben die Juristen in ihrem einseitigen Bestreben, die persönliche Freiheit ja sicher zu schützen, weit über das Ziel hinausgeschossen. Es fällt einem schwer, immer wieder auf andere Mängel und Fehler, welche der Gesetzesvorlage anhaften, aufmerksam machen zu müssen. Aber das darf im Hinblick auf das öffentliche Wohl und zum Zwecke der gegenseitigen Verständigung nicht unterlassen werden, selbst dann nicht, wenn man dafür der Nörgelei geziehen würde. Die Juristen glauben die persönliche Freiheit dadurch am sichersten und verlässlichsten zu schützen, daß bei allen Aufnahmen, ausgenommen bei freiwillig Eintretenden, durch eine gerichtliche

Kommission festgestellt wird, ob der Aufgenommene in der Anstalt verweilen darf oder nicht. Die Ärzte sind nun hierüber wieder ganz anderer Ansicht. Sie finden diese Art des Verfahrens nicht nur umständlich und unpraktisch, sondern auch unverlässlich. Es wurde schon oben dargetan, daß die weitaus überwiegende Zahl der in der Anstalt Hilfe suchenden Kranken unverkennbar geistesgestört und der Anstaltspflege bedürftig ist. In allen diesen Fällen ist das Erscheinen der gerichtlichen Kommission wenn nicht nachteilig und schädlich, so doch mindestens überflüssig. Wenn je Irrungen vorkommen, so kann das nur bei den zweifelhaften, sehr schwer diagnostizierbaren Erkrankungen der zweiten Gruppe der Fall sein. Diese Fälle sind manchmal nur mit Aufwand von sehr viel Zeit und Fleiß richtig zu erkennen und zu begutachten. Das Verfahren würde ungleich sicherer und verlässlicher werden, wenn die gerichtliche Kommission anstatt ihre Kraft überflüssigerweise auf die gesamten eintretenden Kranken zu verzetteln, vielmehr jenen Fällen eine besondere Aufmerksamkeit und Obsorge angedeihen ließe, welche eben zweifelhafter Natur sind. Solche Maßnahmen, wie sie im Entwurf vorgesehen sind, kann nur jemand vorschlagen, der von der Schwierigkeit der psychiatrischen Diagnose keine Ahnung hat.

Das geplante Verfahren zeigt aber auch nach einer anderen Richtung hin eine bedenkliche Schwäche und Unverlässlichkeit. Nachdem im Vorentwurf die Ärzte der Anstalten grundsätzlich von der Beiziehung zu Begutachtungen ausgeschlossen sind, hat der ärztliche Sachverständige, welcher von außen kommt, die Entscheidung zu treffen. Nun kann der mitgebrachte Arzt den Kranken wohl untersuchen, er ist aber nicht in der Lage, ihn zu beobachten. Derjenige, welcher erfahrungsgemäß weiß, was es in manchen, schwierigen Fällen heißt, sich zu einer richtigen Erkennung von psychischen Krankheiten durchzuarbeiten, der muß sagen, daß die erschienenen Richter mit samt den mitgebrachten Sachverständigen in einzelnen Fällen nicht in der Lage sein werden, das schwierige Rätsel zu lösen. Bei solchen Verfahren wird es in Zukunft mit dem Schutz der persönlichen Freiheit viel schlimmer bestellt sein als in der Vergangenheit und in der Gegenwart. Wenn wir Ärzte mit voller Überzeugung diese Behauptung offen aussprechen, so geschieht das etwa nicht, weil wir selbststüchtige Zwecke verfolgen, sondern deshalb, weil uns in Rücksicht auf den guten Ruf der Anstalten und im Hinblick auf die eigene Unbescholtenheit daran liegt, solche Schutzvorkehrungen zu fordern, welche möglichst verlässlich und wirksam sind. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Irrtümer und Fehlgriffe viel häufiger vorkommen werden, wenn man des Urteils jenes Arztes, welcher den Kranken durch längere, oft durch sehr lange Zeit beobachten kann, entraten zu können



glaubt. Demnach war es bestimmt nicht weise und klug von den Juristen, und diese haben hierbei sicher nicht im Interesse des allgemeinen Wohles und der persönlichen Sicherheit gehandelt, wenn sie im Gesetzentwurf die Anstaltsärzte grundsätzlich von den Begutachtungen ausschlossen.

Nun haben wir uns bereits auf ein sehr schlüpfriges und heikles Gebiet begeben. Es war das bei einer Abhandlung, welche sich mit dem Heilverfahren in den Anstalten und mit dem Schicksal der Irren, welche der ärztlichen Obhut anvertraut sind, befaßt, beim besten Willen nicht zu vermeiden. Wenn hier auch die Stellung der Anstaltsärzte, welche diesen im Entmündigungsgesetz zugedacht ist, einigermaßen erläutert wird, so werden unsere mißtrauischen Gegner sicherlich wiederum sagen, daß wir nur fürs eigene Haus sorgen wollen. Allein wegen einer Verdächtigung mehr oder weniger werden wir uns nicht beirren lassen, auch diese Angelegenheit hier öffentlich zu besprechen.

So wenig Paragraphen des Entmündigungsgesetzes sich mit der Tätigkeit der Ärzte befassen, so einschneidende und wichtige Bestimmungen sind darin enthalten, und es wäre ein unverzeihlicher Verstoß gegen die Ehre und den ehrlichen Ruf unseres Standes, wollte man mit Still-schweigen darüber hinweggehen.

Nach den vorausgegangenen Berichten über die Fortschritte des irrenärztlichen Heilverfahrens, welches zu so unerwarteter und erfolgreicher Ausgestaltung gelangt ist, und nach den Mitteilungen über die grundstürzenden Umwandlungen der Anstalten, in welchen es vor 40 Jahren schauerlicher aussah als in den Gefängnissen und die jetzt zu friedlichen Krankenhäusern umgeändert sind, hätte man mit Recht erwarten können, daß im neuen Gesetz diesen geänderten Verhältnissen Rechnung getragen und den Ärzten für ihre mühsame Kulturarbeit und für die erzielten wissenschaftlichen Fortschritte eine würdige und standesgemäße Behandlung widerfahren werde. Diese Erwartungen wurden gründlich enttäuscht. Anstatt den Ärzten Dank und Anerkennung zu bieten, hat man sie mit Mißtrauen und Zurücksetzung gestraft. Man erhob gegen sie schwere Beschuldigungen. Es hieß, die öffentliche Meinung sei beunruhigt, und dieser allgemeinen Stimmung des Volkes müsse unbedingt Rechnung getragen werden. Es seien widerrechtliche Zurückhaltungen in den Anstalten vorgekommen, und deshalb müßten die Psychiater unter unmittelbare gerichtliche Beobachtung gestellt werden. Und damit das Volk wegen der gefährlichen Eigenschaften der Anstaltsärzte in Hinsicht auf die persönliche Freiheit keinerlei Gefährdung ausgesetzt sei, dürfe es nicht mehr dem Ermessen derselben anheimgestellt bleiben, ob jemand in der Anstalt als Kranker behandelt werden darf oder nicht. Ferner wurde im neuen Gesetz dem Umstande vollauf Rechnung getragen, daß die Anstaltspsychiater wegen Voreingenommenheit nicht befugt

seien, ein gerichtsärztliches Gutachten zwecks Kuratelverhängung abzugeben.

Diese Auffassung über die Tätigkeit der Ärzte in den Anstalten und über die Stellung derselben gegenüber dem Volk ist so veraltet und so rückständig, daß man glauben möchte, das neue Entmündigungsgesetz wäre vor mindestens einem halben Jahrhundert entstanden. Hätte man unseren damaligen Kollegen eine solche Rolle zugemutet, wie sie im Entmündigungsgesetzentwurf den gegenwärtigen Anstaltsärzten zugedacht ist, so würden sie sich mit Empörung dagegen aufgelehnt haben. Und jetzt, nachdem das Irrenwesen dank der ärztlichen Bemühungen einen so großartigen Aufschwung genommen hat, läßt es sich eine kleine Gruppe von Rechtsgelehrten, welche es nicht einmal der Mühe wert fand, sich um die Fortschritte der Psychiatrie in den letzten Jahrzehnten zu kümmern und sich über die Umgestaltung des ganzen Irrenwesens Kenntnis und Aufschluß zu verschaffen, einfallen, die Anstaltsärzte unter beschämende Ausnahmungsverfügungen zu stellen und ihnen die jedem Arzte in gleicher Weise zustehenden staatsgrundsätzlich gewährleisteten Rechte zu stutzen! — Man mache nur einmal den Versuch, dem Chirurgen und dem Gynäkologen oder vielleicht noch besser dem Dermatologen und dem Pädiater bei jedem Eingriff den Richter auf den Hals zu schicken. Oder man probiere es, den Advokaten die Übernahme ihrer Klientel oder den Lehrern und Professoren die Qualifikation ihrer Schüler von der Zustimmung oder Ablehnung einer gerichtlichen Kommission abhängig zu machen. Die Ungeheuerlichkeiten und die Ungerechtigkeiten, welche man sich den Anstaltspsychiatern gegenüber erlaubt, werden durch solche Vergleiche ins richtige Licht gerückt. Wir leben doch in einem Rechtsstaat, und gleiches Recht steht jedem Bürger zu!

Aber nicht nur der Sinn für Recht und Gerechtigkeit macht es unzulässig, daß die an den öffentlichen Anstalten tätigen Ärzte zurückgesetzt und entrechtet werden, auch das Gedeihen der Anstalten und der weitere wissenschaftliche Ausbau des Heilverfahrens fordern gebieterisch, daß das Ansehen und das gute Recht der Ärzte durch keinerlei Übergriffe geschädigt und beeinträchtigt werden. Die Anstalten sind einmal Krankenhäuser und werden auch in Hinkunft solche bleiben. Es gehört sich und es ist in aller Welt so der Brauch, daß in einem Krankenhaus der Arzt die oberste Stelle einnimmt und die größten Vorrechte besitzt. Wir Ärzte sind nicht so unverfroren, uns Gemeinschaften und Unternehmungen, welche einem andern als medizinischen Zwecke dienen, über Gebühr aufzudrängen und uns dorthin zu stellen, wo nach Gepflogenheit und Recht andere Fachmänner ihren Platz haben. Wie würde man sich etwa dazu verhalten, wenn wir Ärzte uns einmal, mehr als rechtens ist, um die Quecksilber-

verarbeitung und um die Bleiindustrie kümmern wollten, wenn wir den Grundsatz aufstellen würden, der Techniker habe sich in allen wichtigeren Fragen dieser Gewerbszweige lediglich nur mehr an die Weisungen der Ärzte zu halten, selbständige Verfügungen seien gesundheitsschädlich und dürfen ohne peinliche ärztliche Überwachung nicht mehr getroffen werden. Und wie würde es sich ausnehmen, wenn die Ärzte in den Kanzleien der Finanz- und Steuerbeamten sich breit zu machen versuchten und bestimmen würden, daß im Interesse der Volkshygiene die Steuergelder von nun ab nur mehr unter scharfer, ärztlicher Aufsicht eingehoben werden dürfen; es könnte nämlich der Fall sein, daß unter den vielen Steuerpflichtigen auch einmal einer darunter wäre, für welchen das Steuerzahlen in gesundheitlicher Beziehung nicht bekömmlich ist, und um derlei Zufällen ein für allemal zu begegnen, müsse jede Einhebung der Steuern unter die strenge Aufsicht der Ärzte gesetzt werden. So was müßte mit Recht als Unfug und Torheit gebrandmarkt werden. Was im Entmündigungsgesetzesentwurf über die öffentlichen Anstalten und deren Ärzte verfügt wird, bedeutet nichts anderes, als denselben törichten Unsinn. Und da hat man noch die Keckheit, zu verlangen, daß sich die Ärzte in Bescheidenheit üben und solches Unrecht stumm hinnehmen sollen!

Man könnte nach diesen Auseinandersetzungen die Betrachtung über die Stellung der Anstaltsärzte, welche dem Entmündigungsgesetz zugrunde gelegt ist, abschließen, aber die Unkenntnisse und die Vorurteile, welche in einzelnen gebildeten Kreisen über die Irrenpflege und das Anstaltswesen herrschen, machen es notwendig, noch Einiges über die widerrechtlichen Zurückhaltungen, welche man den Ärzten zur Last legt, mitzuteilen. Nachdem die Anstaltsärzte erfahren hatten, weshalb sie im neuen Entmündigungsgesetz in so zurücksetzender und ungerechter Weise behandelt werden, legten sie sich erstaunt die Frage vor, mit welchem Recht ein so schwer belastender Vorwurf gegen sie gemacht wird. Der österreichische Psychiaterverband nahm sich der Sache an und zog aus allen Kronländern Erkundigungen ein, hinsichtlich der unnötigen Einweisungen und der widerrechtlichen Zurückhaltungen in allen öffentlichen Anstalten während des letzten Dezenniums. Da wurde nun in Erfahrung gebracht, daß, statistisch genommen, unter 100 000 Aufnahmen, 169 mal unnötige Einweisungen in die Anstalten vorgekommen und daß gesetzwidrige Zurückhaltungen überhaupt nicht bekannt sind. Im Sanitätsausweis, Band 86 vom Jahre 1910, werden für das Jahr 1906 unter 32 258 Entlassungen 44 in öffentlichen Landesanstalten als „ohne Geistesstörung“ entlassen, angeführt. Unter diesen 44 Fällen befinden sich alle jene, welche wegen leichter Neurasthenie, Hysterie usw. freiwillig zur Aufnahme in die Heilanstalten kamen. Wie mir Regierungsrat Dr. Star-

linger brieflich mitteilte, konnte in allen öffentlichen Anstalten Österreichs kein einziger Fall von vorsätzlicher Freiheitsberaubung, d. h. von absichtlicher, widerrechtlicher Zurückhaltung festgestellt werden.

Was ergibt sich nun aus der Tatsache, daß weder nach den vom psychiatrischen Verband über eine Zeitdauer von 10 Jahren ausgedehnten statistischen Nachforschungen, noch nach dem Sanitätsausweise von 1906 beabsichtigte, widerrechtliche Zurückhaltungen in den öffentlichen Irrenanstalten auch nicht in einem einzigen Fall nachgewiesen werden können? — Die erste und wichtigste Schlußfolgerung, welche daraus abgeleitet werden muß, ist die, daß nicht der geringste Grund vorliegt, die Anstaltsärzte so schwerer und so verhängnisvoller Vergehungen gegen die persönliche Freiheit der Kranken zu zeihen. Demgemäß bestehen auch keine sachlich begründeten Ursachen, weshalb die öffentliche Meinung wegen gesetzwidriger Anhaltungen in den Anstalten beunruhigt sein soll. Nun wird wohl auch für den beschränktesten und den begriffsstutzigsten Kopf der Beweis erbracht sein, daß die Anschuldigung wegen Gefährdung der persönlichen Freiheit durch die Anstaltsärzte eine niederträchtige Verdächtigung ist und daß die Erzählungen von der Beunruhigung der öffentlichen Meinung nichts anderes sind, als eine erfundene Fabel. Der Schild der Ärzte steht blank und makellos da! — Es scheint unmöglich und doch muß es der Fall gewesen sein, daß in einem Rechtsstaate des zwanzigsten Jahrhunderts unbewiesene Verdächtigungen und erfundene Fabeln das Substrat abgeben haben, auf Grund dessen man sich über die Tätigkeit eines akademischen Standes eine Auffassung bildete, die für keine geringere Sache als für die Gesetzgebung hätte zur Grundlage dienen sollen! Wir wollen auch hier menschenfreundlich denken und annehmen, daß bei diesen tiefbedauerlichen Übergriffen auf die Standesehre und den guten Ruf der Anstaltsärzte sicher nicht böswillige Absichten, sondern nur Unerfahrenheit und Vorurteil im Spiele waren.

Wie war es nur möglich, daß man die Ärzte der öffentlichen Anstalten in so unverantwortlicher Weise verdächtigen und verleumden konnte?

Die Sache ist nicht schwer zu erklären. Wie aus der Statistik ersichtlich ist, kamen im verflossenen Dezennium unter 100000 Aufnahmen 169 unnötige Einweisungen vor, das macht rund 1,7‰. Diese Einweisungen wurden selbstverständlich nicht durch die Anstaltsärzte veranlaßt, sondern diese mußten, sobald ein ärztliches Zeugnis über die Notwendigkeit der Übergabe in die Anstalt, sei es wegen Geisteskrankheit, sei es wegen Gemeingefährlichkeit beigebracht war, nach dem Wortlaut des Statutes die Aufnahme vollziehen. Nun war die unnötige Einweisung geschehen und sogleich ging auch der Lärm los. Die aufgebrachten Verwandten des Eingelieferten und die Zeitungsberichterstatter nahmen sich nicht die Zeit, über die Gründe und den

Vorgang der Einbringung sich sachgemäße Kenntnis zu verschaffen, es schien ihnen einfacher und bequemer, über die Anstalten herzufallen und diese samt deren Ärzten zu verdächtigen und zu verschreien. Die Psychiater befinden sich unter solchen Umständen in einer außerordentlich schwierigen Lage. Sie sind sich der Schwierigkeit der psychiatrischen Diagnose bewußt und dürfen es nicht in jedem Fall wagen, mit Übergehung des vorliegenden ärztlichen Zeugnisses den in die Anstalt aufgenommenen sofort beim Erscheinen der Angehörigen, selbst wenn diese einen noch so großen Lärm schlagen, freizugeben. Was wäre das für eine Verantwortung für den Arzt, wenn er nur auf das Betreiben der Angehörigen oder guter Freunde einen mittelst ärztlichen Attestes eingebrachten Kranken deshalb, weil man ihm die Geistesstörung oder die Gemeingefährlichkeit nicht am ersten Tag ansehen kann, entlassen würde! — Wenn schon jemand laut ärztlichem Zeugnisse in die Anstalt gebracht wird, hat der Psychiater die Pflicht, sich zu überzeugen, ob die Einweisung begründet war oder nicht und dazu braucht er Zeit. Jedermann, welcher nur halbwegs einen Begriff hat von den großen Schwierigkeiten, welche manche psychiatrischen Fälle der Erkennung und Beurteilung bieten, wird es begreiflich finden, daß die Entlassung nicht immer am ersten Tag erfolgen kann. Die Anstaltsärzte werden in diesem Fall vor eine Zwangslage gestellt, welcher sie nicht ausweichen können. Aber anstatt daß man, was rechtens wäre, jenen Arzt hernimmt, welcher ein irriges Zeugnis ausstellte und dadurch die ganze Unannehmlichkeit verursachte, findet man es bequemer, über die Ärzte der Anstalten herzufallen und sie zu verlästern. So oder ähnlich sind die grundlosen Verdächtigungen und die bedauerlichen Vorurteile über die Gefährlichkeit der Anstaltsärzte zustande gekommen.

Ganz ähnlich verhält es sich mit der Behauptung, die Anstaltsärzte seien befangen und dürfen deshalb beim Entmündigungsverfahren nicht zur Begutachtung der ihrer Behandlung anvertrauten Geistesgestörten herangezogen werden, eine Behauptung, welche zu beweisen bis nun niemand gelungen ist. Aber die Juristen sagen einmal, daß es so ist, und darum wird es wohl ebenso wahr oder erlogen sein wie die Ansicht, daß die Irrenärzte gefährlich seien für die persönliche Freiheit der in den Anstalten untergebrachten Kranken. Allerdings, für einen Alltagsmenschen ist es schwer einzusehen, warum gerade die Anstaltsärzte im Hinblick auf die ihrer Obhut unterstellten Kranken befangen sein sollten, während das doch sonst bei keinem andern medizinischen Spezialfach zutrifft. In sämtlichen übrigen medizinischen Fächern gilt der Spezialist als ganz besonders geeignet für gerichtliche Begutachtungen und derselbe wird auch in uneingeschränktem Maße hierzu von den Richtern in Anspruch genommen. Kann das

beim schwierigsten aller medizinischen Fächer — bei der Psychiatrie — anders sein? — Auch hinsichtlich dieses Punktes muß mit Bedauern festgestellt werden, daß man eine unbewiesene Behauptung für eine gemachte Tatsache hingenommen und daraus zum Schaden der Ärzte und ihres Ansehens die weitgehendsten Folgerungen gezogen hat.

Wenn hier auf diese unerquicklichen Erörterungen eingegangen wurde, so geschah das nicht in erster Linie, um dadurch die materiellen Nachteile, welche uns Psychiatern erwachsen, hintanzuhalten, sondern vielmehr um der Wahrheit Zeugnis zu geben und die Schmach, die man unserem Stand ohne Grund angetan, abzuwälzen. Wir müssen von den Gesetzgebern erwarten, daß sie die Wahrheit und die Gerechtigkeit zur Geltung kommen lassen und daß sie jene Paragraphen des Entmündigungsgesetzes, welche die Standesehre und das Ansehen der Ärzteschaft schädigen, so umändern, daß daraus weder dem Einzelnen, noch der Gemeinschaft ein Nachteil erwächst, daß im Gegenteil die Berufsfreudigkeit der Ärzte und das allgemeine Wohl eine mächtige Förderung erfahren!

Nachdem einmal die Absicht besteht, in dieser Abhandlung möglichst alle im gegenwärtigen Augenblick betreffs des Entmündigungsgesetzes schwebenden Streifragen zu berühren, so muß zum Schluß noch auf einen wichtigen und sehr viel umstrittenen Punkt eingegangen werden. Es handelt sich um den Vertrauensmann. Die einen wollen ihn fallen lassen und möchten ihn ganz aus dem Gesetz entfernt wissen, die anderen hingegen würden die Einführung des Vertrauensmannes als einen ganz besonderen Vorzug des Entmündigungsgesetzes betrachten. Die Anstaltsärzte haben sich wiederholt und mit Nachdruck gegen den Vertrauensmann ausgesprochen. Für den im ursprünglichen Gesetzentwurf vorgesehenen Vertrauensmann ist nämlich keinerlei Qualifikation bestimmt. Daß wir Ärzte einen Mann des Vertrauens ohne entsprechende Befähigung hierzu ablehnen müssen, versteht sich von selbst. Für die Anstaltsärzte wäre es schrecklich, wenn sie neben der Behandlung von so und so viel hundert Geisteskranken mit einer gleichen Zahl von unverständigen und querköpfigen Vertrauensmännern fertig werden müßten. Da würde den Landesausschüssen nichts anderes übrigbleiben, als die Anzahl der Ärzte in den Anstalten zu verdoppeln.

Es liegen aber auch andere Gründe vor, welche gegen die Einführung des Vertrauensmannes sprechen. Es geht doch das Bestreben dahin, ähnlich wie für die Jugend, so auch für die Irren Fürsorgevereine zu gründen. Ein Gesetz muß immer so gemacht werden, daß es nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die nächste Zukunft Geltung haben kann. Wozu braucht man dann gesetzliche Bestimmungen über den Vertrauensmann, wenn dieser doch in absehbarer Zeit durch die Für-

sorgevereine ersetzt werden soll? — Nachdem der Justizausschuß die Vertrauenspersonen aus der Vorlage beseitigt hat, soll es auch dabei bleiben. —

Soviel aus den vorausgegangenen Darlegungen hervorgeht, enthält das Entmündigungsgesetz, wie es wohl auch nicht anders der Fall sein könnte, verschiedene Bestimmungen, welche von tiefgreifender Bedeutung für die Psychiatrie und das ganze Irrenwesen sind. Daher ist es auch die Pflicht der Irrenärzte, sich um den Inhalt des Gesetzes zu kümmern und ihren ganzen Einfluß dahin geltend zu machen, daß darin keine Bestimmungen Aufnahme finden, welche für die wissenschaftliche Ausgestaltung des Faches und für die Entwicklung der Irrenfürsorge eine nachteilige Wirkung ausüben könnten. Auch muß vom Gesetz verlangt werden, daß die Irren in erster Linie als Kranke, die sie tatsächlich sind, und nicht einseitig als Rechtsobjekte behandelt werden. Selbstverständlich muß das Gesetz im Sinne einer wahren Humanität auf eine schonende und rücksichtsvolle Behandlung der Kranken Bedacht nehmen. Der Rechtsschutz darf nicht in einseitiger Weise so ausgestaltet sein, daß durch den Schutz eines einzigen Rechtes, der persönlichen Freiheit, verschiedene andere gleichwertige Rechte der Kranken zu Schaden kommen. Auch müssen die Ärzte dagegen Einspruch erheben, daß den Irrenanstalten, welche bereits im wahren Sinn des Wortes zu Krankenhäusern umgewandelt sind, durch die Einführung der obligatorischen Konstatierung und Entmündigung nach außen hin der Charakter von Gefängnissen und Detentionsanstalten gegeben werde. Schließlich muß noch gefordert werden, daß dem Entmündigungsgesetz hinsichtlich der Tätigkeit und der Stellung der Ärzte eine Auffassung zugrunde gelegt wird, welche auf Wahrheit und Gerechtigkeit fußend, in keinerlei Weise die Ehre und das Ansehen des ärztlichen Standes verletzt.

Es wäre nicht ausgeschlossen, daß durch diese Erörterungen, sowie durch die vorhin aufgestellten Forderungen, die gerade hart vor dem Zeitpunkt, da die Gesetzesvorlage dem Abgeordnetenhause vorgelegt werden soll, in die Öffentlichkeit gelangen, Verwirrung angerichtet werden könnte. Man wird sich sagen, die Ärzte seien unbescheiden und aufdringlich, man habe ihnen so schon viele Zugeständnisse gemacht und nie hätten deren Ansprüche ein Ende. Unsere Gegner werden ob der großen Menge und der Mannigfaltigkeit der Forderungen nach wie vor uns anschuldigen, daß wir die ganze Vorlage zum Scheitern bringen wollen. Demgegenüber geben wir die abermalige Versicherung, daß uns am Zustandekommen des Entmündigungsgesetzes sehr viel gelegen

ist. Der Zweck dieser Abhandlungen ist, die Stellungnahme der Ärzte öffentlich zu rechtfertigen und für die strittigen Punkte eine gedeihliche Schlichtung zu suchen. Wenn man in einem Gesetzentwurf, der aus 74 Paragraphen besteht, drei einzige darunter beanstandet und umgeändert haben will, so kann man doch nicht sagen, daß man die Vorlage als Ganzes bekämpft.

Alle großen Mängel und mannigfachen Fehler, welche in dieser ausführlichen Abhandlung dargelegt und beanstandet wurden, sind in den inhaltsschweren drei Paragraphen 17, 18 und 19 der Gesetzesvorlage, wie sie im Justizausschuß jüngst verabschiedet wurde, enthalten. Wenn diese genannten Paragraphen im Sinne der bereits vorliegenden Minoritätsanträge zur Annahme gelangen, dann ist alles, was so scharfe Kritik und so entschiedene Ablehnung herausforderte, aus dem Gesetzentwurf gemerzt.

Hiermit wurde nicht allein die persönliche Meinung eines Einzelnen zum Ausdruck gebracht, haarscharf derselben Ansicht ist der ganze österreichische psychiatrische Verband und dieselben Bemängelungen und Forderungen, welche in dieser Schrift niedergelegt sind, wurden auch betreffs des Entmündigungsgesetzes wiederholt gegenüber der Regierung und den gesetzgebenden Körperschaften von den Landesausschüssen der österreichischen Kronländer mit Nachdruck geltend gemacht!

---